

Kocka, Jürgen

Book Part — Digitized Version

Erinnerung als Ressource: Geschichte und Utopie im vereinigten Deutschland

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Kocka, Jürgen (1993) : Erinnerung als Ressource: Geschichte und Utopie im vereinigten Deutschland, In: SPD-Bundestagsfraktion (Bonn) (Ed.): Rück-Sicht auf Deutschland: Beiträge zur Geschichte der DDR und zur Deutschlandpolitik der SPD, SPD-Bundestagsfraktion, Bonn, pp. 67-71

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/112438>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB). Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH
Bibliothek und wissenschaftliche Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)
Library and Scientific Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**. More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

Erinnerung als Ressource

Geschichte und Utopie im vereinigten Deutschland



Professor Dr. Jürgen Kocka
*Historiker an der Freien Universität
und am Wissenschaftskolleg zu Berlin*

Die Geschichte gibt nichts umsonst. Schubweise werden die Kosten klar, die für das Ende des diktatorischen Kommunismus und für die Wiederherstellung des Nationalstaats nachträglich zu zahlen sind. Die deutsche Vereinigungskrise spitzt sich zu. In teils blutigen Konvulsionen wird im östlichen und südöstlichen Europa die Landkarte neu geordnet, die von den Siegern der Weltkriege festgelegt worden war. Neue Stabilität zeichnet sich nirgends ab, die Gefahr sich ausbreitender Kriege wächst. Alte Strukturen und Mentalitäten gewinnen Geschichtsmächtigkeit zurück und verknüpfen sich mit neuen Problemen wie dem der Massenmigration. Die Zukunft wird unsicherer und dunkler.

Zeichen der Krise

Fast alle haben mit dem Umbruch von 1989/90 auch etwas verloren: die Ostdeutschen ihre kleine Sicherheit unter dem Dach einer repressiven, aber zugleich fürsorglichen Diktatur; die Westdeutschen die DDR, den kleinen, häßlichen Bruder, auf den man abschätzig hinabblicken konnte, wodurch man das eigene Selbstbewußtsein beträchtlich stärkte; das westliche Europa die Bedrohung durch den Osten und damit einen entscheidenden Antrieb zur westeuropäischen Integration; die NATO ihren existenzbegründenden Feind; manche Linken ihre Utopien und manche Sozialwissenschaftler ihre Paradigmen; und die westlichen Demokratien insgesamt ihren fundamentalen Widerpart, aus dessen Zurückweisung sie ein Maß an Kraft, Legitimität und Stabilität schöpften, die sie allein aus sich heraus kaum aufgebracht hätten.

Folgt langfristig die Destabilisierung des Westens aus dem Zusammenbruch des Ostens? Mancher denkt heute so. Das Gerede um das angebliche Ende der Geschichte liegt weit zurück. Im Gegenteil: Die Geschichte wird wieder spannend, mehr als uns lieb ist.

In Deutschland zerbröckeln die Strukturen, die der West-Ost-Konflikt über Jahrzehnte prägte. Darunter kommen alte Belastungen und neue Unsicherheiten bedrohlich hervor: Nationalismus, alte Illiberalität, massiver Fremdenhaß, Neofaschismus, Orientierungs-

losigkeit, Verunsicherung und Gewaltbereitschaft aller Art. Der Staat, der sich gegen linksradikale Terroristen in den 70er und 80er Jahren kraftvoll zur Wehr gesetzt hatte, schien lange halbblind und zahnlos gegenüber rechtsradikalem Terror. In manchen Kreisen breitete sich klammheimliche Zustimmung aus, wenn die Heime der Fremden brannten. Die rechten Gewalttäter konnten in der Öffentlichkeit, bei der Polizei und bei den Gerichten mit einem Maß an Verständnis und stillschweigender Duldung rechnen, das man den linken Gewalttätern nie entgegengebracht hatte. Erst spät im Jahr 1992 begann sich die Gegenwehr der Bürger und dann auch der staatlichen Organe zu verstärken, Monate zu spät. Im Inneren ist 1992 viel zerbrochen, und für das Ausland ist das Bild der Deutschen erneut verunstaltet worden. Das Klima veränderte sich. Staatsrechtlich kam der Veränderungsschub für Deutschland 1990, auf dem Gebiet der Mentalitäten kam er im Sommer und Herbst 1992.

Die Politikverdrossenheit nimmt zu, die alte deutsche Geringschätzung des Parteienstaats taucht wieder auf. Sicher resultiert sie zum Teil aus den tatsächlichen Schwächen unserer Parteien und politischen Institutionen. Aber ebenso oft nährt sie sich aus übertriebenen Erwartungen an den Obrigkeitsstaat – heute sagt man: an „die politische Klasse“. Daß Politik ein langsames, zähes Bohren an dicken Brettern mit Leidenschaft und Augenmaß zugleich ist, daß sie angesichts erdrückend großer Probleme oft wenig vermag und dennoch fortgesetzt werden muß, dafür fehlt es an Bewußtsein, besonders unter den Jungen. Trotz aller Anstrengung der letzten Jahrzehnte ist der Stand der politischen Bildung gering, auch im Westen der Republik.

Die intellektuellen Absetzbewegungen von der alten Bundesrepublik nehmen zu.

Ostdeutsche Intellektuelle, die westlichen Dingen verständlicher Weise noch fernstehen und die Verwestlichung allzu oft als Überwältigung und Entwurzelung erfahren müssen, fordern die Neubesinnung auf einen deutschen „Eigenweg“ zwischen Ost und West, das Anknüpfen an das „Traditionspotential der vorgängigen einheitlichen deutschen Kultur“. Nach dem Ende der erzwungenen „Ost-Anlehnung“ der DDR könne man nun auch die „West-Anlehnung“ der alten Bundesrepublik lockern, so Heiner Müller, Christa Wolf und Friedrich Dieckmann vor einigen Monaten. Als ob beides gleiche Qualität gehabt hätte! Als ob man nach zwei Diktaturen an alte deutsche (und preußische) Traditionen so einfach anknüpfen und deren Selbstdiskreditierung vergessen könnte! Als ob nicht die vorbehaltlose Einordnung der alten Bundesrepublik in die politische Kultur des Westens ihren größten Vorzug

dargestellt hätte, in Absetzung von der problematischen Geschichte des „deutschen Sonderwegs“, der ja im Kern eine Abkehr vom Westen bedeutete und im Nationalsozialismus kulminierte. Zurück auf den Sonderweg? Wir sollten uns hüten.

Nichts mehr ist wie es war, so sagt man, oft auch im Westen. Dies ist ein problematischer Spruch. Denn er gehört nur allzu oft zu einer Rhetorik, die das neue vereinigte Deutschland von der alten Bundesrepublik absetzt, die angeblich zu machtvorgessen, zu sehr auf bürgerliche Selbstverwirklichung orientiert, zu behäbig gewesen sei und zu wenig Sinn für Opferbereitschaft, Größe und Verantwortung in der Welt gehabt habe. Intellektuelle mit Sinn für Größe – wie Karl Heinz Bohrer – und Intellektuelle mit rascher Wendefähigkeit – wie Arnulf Baring – haben der Altbundesrepublik-Schelte früh den Weg gewiesen: Jener warf der Bonner Republik ihre Provinzialität und ihr ästhetisches Unvermögen vor, dieser vergaß flugs seine ältere Warnung vor dem „neuen deutschen Größenwahn“ und ruft nun das neue Deutschland dazu auf, sich kraftvoll in der Tradition des alten Bismarck-Reichs zu verstehen, neue Machtpolitik in der Mitte Europas zu betreiben und endlich zu lernen, weltpolitische Verantwortung zu tragen. Diese neu-deutsche Rhetorik unterschlägt, daß die alte Bundesrepublik trotz aller Gebrechen das gelungenste Stück deutscher Geschichte seit langem darstellte. Man tut gut daran, alles zu versuchen, um das neue Deutschland, trotz notwendiger und im Gang befindlicher Änderungen, so klar und sicher wie möglich in der Tradition der alten Bundesrepublik zu verankern.

Die DDR historisch begreifen

Wir sollten unter dem Eindruck der unerwartet schwierigen und gefährlichen Folgen nicht vergessen, daß 1989/90 einen grandiosen Fortschritt in der Geschichte der Freiheit gebracht hat. Deshalb erscheinen die Freudenfeste, die 1989/90 in Budapest und Prag, in Leipzig und Ost-Berlin stattfanden, auch heute nicht schal.

Eine historisch zutreffende Sicht auf die vergangene Deutsche Demokratische Republik ist dringend nötig, damit die Auseinandersetzung mit ihrem Erbe nicht ganz mißrät. Dabei scheint mir dreierlei besonders wichtig:

Einerseits blieb die DDR an Unerträglichkeit, Aggressivität, Menschenverachtung und Irrationalität vom barbarischen Nazi-Reich entfernt und unterschieden. Die notwendigen Vergleiche zwischen beiden deutschen Diktaturen ebnet diese Differenz nicht ein, sondern arbeiten sie heraus. Es lag auch an dieser Dif-

ferenz, daß man als ost- wie als westdeutscher Zeitgenosse auf eine allmähliche Verbesserung der DDR-internen Verhältnisse setzen, auf die zukünftige Einlösung ihres sozialistischen Versprechens hoffen und auf dem Boden der gegebenen Verhältnisse für kleine Schritte arbeiten konnte, ohne sich hoffnungslos zu kompromittieren.

Andererseits war die DDR eine Diktatur, die andere Verhaltensweisen erzwang als der liberaldemokratische Rechtsstaat, wenn man denn überhaupt etwas erreichen wollte und nicht die Alternative der bewundernswerten, weil persönlich riskanten, aber wirkungsarmen Abseits- und Oppositionsrolle wählte. Erst im Lauf des Jahres 1989 änderte sich das.

Schließlich: Die DDR war viel mehr noch als die Bundesrepublik eine Funktion der internationalen Politik. Sie stand unter der Hegemonie des sowjetischen Weltreichs, von diesem wurde sie geprägt und gestützt. Daß dieses Imperium so schnell und relativ unblutig niederging, war aufgrund aller historischen Erfahrung nicht zu erwarten. 1989/90 geschah in dieser Hinsicht etwas historisch höchst Unwahrscheinliches. Damit konnte man nicht rechnen, gerade wenn man aus der Geschichte zu lernen versuchte. Vielmehr lag es nahe, von der Existenz einer Alternative zwischen Krieg (den man nicht wünschen konnte) und relativer Dauerhaftigkeit (wenn auch nicht Unveränderbarkeit) der DDR auszugehen.

In der Debatte über die Tätigkeit Manfred Stolpes zwischen Kirche und Staat der DDR, wie überhaupt in der Auseinandersetzung mit der bedrückenden Erbschaft der zweiten deutschen Diktatur werden diese drei Aspekte manchmal zu wenig in Rechnung gestellt.

Die Diktaturen stabilisierten die Demokratie

Sicherlich trifft es zu, daß die Herausforderung durch undemokratische Diktaturen die westlichen Demokratien letztlich gestärkt hat. In den zwanziger Jahren sagte kaum jemand der parlamentarischen Demokratie eine lange und erfolgreiche Zukunft voraus, Carl Schmitts Parlamentarismus-Schelte war kein Einzelfall, und bei den Befürwortern liberaler Demokratie herrschten Skepsis und Verzagtheit vor, nicht nur in Deutschland. Auf diesem Hintergrund ist der Siegeszug der parlamentarischen Demokratie nach 1945 unerwartet, ja spektakulär. Natürlich verdankte er sich teilweise wirtschaftlichen Erfolgen. Aber die parlamentarische Demokratie profitierte eben auch von den menschenverachtenden Resultaten, zu denen ihre Verneinung, d.h. die Diktaturen faschistischer und kommunistischer

Art, unübersehbar führten.

Nach den katastrophalen Erfahrungen der deutschen Geschichte war es nicht wenig, vielmehr durchaus Anlaß zur Befriedigung, daß es gelang, im westlichen Deutschland ein funktionierendes westliches System zu errichten: mit Rechtsstaat, Parlamentarismus und sozialer Demokratie. Die Erinnerung an die nationalsozialistische Diktatur, ihren Krieg, ihre Barbarei – und die betonte Absetzung davon – motivierten zum Engagement und legitimierten den Neuaufbau. Dazu kam sehr bald die Absetzung von der Diktatur im Osten. Täglich war zu erfahren und noch frisch zu erinnern: Die westliche Demokratie ist nicht selbstverständlich, man kann sie auch rasch verlieren, sie dient den Lebensinteressen der Menschen viel mehr als jede ihrer diktatorischen Alternativen. Die Absetzung von der faschistischen Diktatur vor 1945 und von der kommunistischen Diktatur östlich der Elbe festigte das Selbstbewußtsein der Bundesrepublik.

Die Diktaturen bedrohten also die parlamentarische Demokratie nicht nur, sie legitimierten sie auch. Mit ihrem Zusammenbruch tauchen die alten Zweifel an der Überlebenskraft liberaler Demokratie wieder auf, die, so fürchten einige, ohne Utopie, die sie längst nicht mehr habe, und ohne totalitäre Herausforderung, die nun ebenfalls fehlt, nicht genug Bindungskraft und Selbstbegründungsfähigkeit besitze. Doch läßt sich folgendes dagegenhalten.

Verfassungspatriotismus mit Bindungskraft

Der Kalte Krieg hat die Bundesrepublik nicht nur stabilisiert, sondern auch verkrustet. Feindbilder legitimieren nicht nur, sie verhärten und verzerren auch. Der selbstgerecht-blinde Antikommunismus der 50er und 60er Jahre, später der „Radikalenerlaß“ beeinträchtigten die neu entstehende Bürgergesellschaft der Bundesrepublik zu ihrem Schaden.

1989 wurde klar, wieviel Zustimmung die Bundesrepublik bis weit in die Linke hinein gewonnen hatte. Dies war ihr nicht zuletzt deshalb gelungen, weil sie seit Brandts neuer Ostpolitik und der inneren Demokratisierung die Fronten des Kalten Kriegs und die inneren Verkrustungen in seiner Folge kräftig zu mildern verstanden hatte. Die Bundesrepublik war nicht nur ein Kind des Kalten Kriegs, vielmehr bezog sie aus dessen partieller Überwindung lange vor 1989 einen erheblichen Teil ihrer Legitimität. Die Ostpolitik war keine nachträglich zu bereuende Kollaboration mit östlichen Diktaturen. Sie half nicht nur mit, langfristig die Bedingungen zu schaffen, unter denen schließlich der



Ostblock zusammenbrach. Sie war auch ein entscheidendes Mittel zur inneren Entkrampfung der Bundesrepublik, die dadurch bei vielen ihrer Bürger Anerkennung fand, die ihr vorher kritisch bis ablehnend gegenüber gestanden hatten.

In einer Gesellschaft, zu deren Geschichte die Erfahrung zweier Diktaturen gehört, ist historische Erinnerung eine wichtige Ressource für die Begründung demokratischer Legitimität. In einer solchen Gesellschaft kann Verfassungspatriotismus jene auch emotionale Bindungs- und Motivationskraft entwickeln, die ihm – aufgrund seiner Nüchternheit und „Kälte“ – angeblich abgeht. Wer nicht nur weiß, son-

dern wirklich präsent hat, was an kollektiver Barbarei bei Demokratieverlust menschenmöglich ist und in Deutschland wirklich war, wird gewisse Resistenz gegenüber der Versuchung besitzen, das hierzulande erreichte Maß an liberaler und sozialer Demokratisierung für selbstverständlich, langweilig oder historisch perspektivlos zu halten.

Wem gegenwärtig ist, daß und warum das Maß an Zivilität, das demokratische Systeme verbürgen, leicht verloren gehen kann, wird auch zukünftig den historischen Sinn liberaler Demokratie, dort wo sie existiert, in der Vermeidung ihres Gegenteils erblicken können. Wer weiß, daß liberale Demokratien ohne

historisch seltene und allzeit gefährdete Figurationen aus politischen, sozialen, ökonomischen und kulturellen Faktoren nur schwer errungen oder erhalten werden können, wird diese Figurationen pflegen, wo sie einigermaßen bestehen, und fördern, wo sie fehlen.

Aus Gründen demokratischer Stabilität ist also historische Erinnerung nötig und jedes Schlußstrich-Denken fatal. Nach dem vorläufigen Ende der Diktaturen sind historische Erinnerung und Aufklärung noch dringender geworden.

Bürgergesellschaft als Utopie

Angeblich fehlt es der westlichen Gesellschaft zur Selbstbegründung an Utopie, vor allem seit 1989. Doch das aus der Aufklärung des späten 18. Jahrhunderts stammende Programm der Bürgergesellschaft (Zivilgesellschaft) ist bis heute weder widerlegt noch erfüllt. Es wurde in den letzten zwei Jahrhunderten weiterentwickelt, ergänzt und revidiert, nicht zuletzt durch Sozialdemokraten und Sozialisten. Erst spät hat es sich dem Problem der Geschlechterungleichheit gestellt. Jetzt steht seine ökologische Überarbeitung an. Aber das in Wandlung befindliche Programm der Bürgergesellschaft zielt weiterhin auf ein vernünftiges Zusammenleben freier Bürger und Bürgerinnen, mit gleichen Lebens- und Partizipationschancen, unter rechts- und verfassungsstaatlichen Garantien, ohne obrigkeitliche Gängelung und ohne überflüssige Herrschaft, ohne Gewalt und in Mündigkeit.

Die Abschaffung des Marktes dient seiner Realisierung nicht, das mußten viele erst lernen. Aber mit allzu großen sozialen und ökonomischen Unterschieden ist dieses Programm auch nicht vereinbar. Ohne sozial-demokratische Erweiterung bleibt es ein Privileg von Eliten und damit im Widerspruch mit sich selbst. Seine weltweite Ausbreitung hat erst begonnen. Seiner Universalisierung stehen schon aus ökologischen Gründen enge Grenzen entgegen, die es nicht durchbrechen wird, ohne sich selbst grundsätzlich zu ändern.

Durch den Umbruch von 1989 und den Zusammenbruch des diktatorischen Kommunismus wurde dieses Programm keineswegs widerlegt, ganz im Gegenteil. Wer linke Utopien sucht, in diesem Umkreis sind sie zu finden. What's left? Sehr viel. Die aktuelle Präzisierung des Programms steht allerdings aus, und seine volle Realisierung ist weit entfernt, erst recht im gegenwärtigen Deutschland, das hinter den Stand an Zivilität zurückzufallen scheint, der in der alten Bundesrepublik bereits erreicht war.